

## **Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 10. Januar 2023**

Entschuldigt: GRin Roese

### **1. Bekanntgaben**

#### **a) Thomas Freymüller als neuer Gemeindegamnerer im Gemeinderat**

Bürgermeister Weise heißt Thomas Freymüller als neuen Gemeindegamnerer im Gemeinderat herzlich willkommen.

#### **b) Wasserschaden im Altenhilfezentrum**

Bürgermeister Weise gibt bekannt, dass im Altenhilfezentrum ein Wasserschaden zu vermelden ist.

### **2. Verabschiedung des Haushaltsplans 2023 für den Kernhaushalt und der Wirtschaftspläne 2023 für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung**

Der von der Verwaltung im November 2022 eingebrachte Haushaltsentwurf wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 06.12.2022 und 20.12.2022 im Gemeinderat besprochen. Nach einer ausführlichen Diskussion wurden die Beschaffungen für den Bauhof ab einem Betrag von 30.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.

#### **Kernhaushalt:**

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf -855.934 €
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes beträgt 465.499 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -2.633.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -2.167.501 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt -602.501 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 1.600.000 €
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.000.000 €

#### **Eigenbetrieb Wasserversorgung:**

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf 2.400 €

- Der Zahlungsmittelüberschuss des Erfolgsplans beträgt 182.400 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -1.218.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -1.035.600 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt 2.400 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 1.350.500 €.
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 €

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung:

- Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf 126.068 €
- Der Zahlungsmittelüberschuss des Erfolgsplans beträgt 473.868 €
- Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt -3.721.000 €
- Der gesamte veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf beläuft sich auf -3.247.132 €
- Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands beträgt -58.032 €
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 4.000.000 €.
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 300.000 €

**Der Gemeinderat stimmt den nachfolgenden Punkten wie ausgeführt bei 21 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme zu:**

- 1. Dem Haushaltssatzung 2023 mit Haushaltsplan und dem Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Kernhaushalt.**
- 2. Dem Wirtschaftsplan 2023 und dem Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Wasserversorgung.**
- 3. Dem Wirtschaftsplan 2023 und dem Finanzplan mit dem Investitionsprogramm für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung.**

## **Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppierungen zum Haushalt 2023**

### **Gemeinderat Gottfried Braun trägt für die FWV (Freie Wählervereinigung) folgende Haushaltsrede vor:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,  
sehr geehrte Amtsleiterin und Amtsleiter,  
liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2023 wurde am 22.11.2022 von der Verwaltung eingebracht und in den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates am 6.12.2022 und 20.12.2022 beraten.

Das Investitionsprogramm und die Unterhaltungsmaßnahmen wurden bei der Gemeinderatsklausur ausführlich diskutiert.

Wer dachte mit der hoffentlich vollends auslaufenden Coronapandemie und den dazu getroffenen Einschränkungen würde die Haushaltsplanung wieder einfacher, hat sich gewaltig getäuscht. Durch den Krieg in der Ukraine und den unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen daraus, sind die Unsicherheiten weiter gewachsen. Die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Gefahr der Ausweitung des Konfliktes, der Energieverknappung, der Lieferkettenprobleme, der zurückgekehrten Inflation, der Flüchtlingswelle und der Risiken durch die Klimaveränderung, bereiten den Menschen in Deutschland und in anderen Ländern der Welt große Sorgen.

Weiterhin für Unsicherheit sorgt die Energiewende, weg vom Verbrauch fossiler Energieträger, weg vom Verbrennungsmotor. In Deutschland und ganz besonders in Baden-Württemberg hängt wirtschaftlich sehr viel an der Automobilindustrie. Die Transformationsprozesse sind einschneidend und herausfordernd und oftmals gelingt es nicht alle Beteiligten mitzunehmen.

Allen Bedenken zum Trotz. Bei diesen Veränderungsprozessen gibt es nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Lassen sie uns die Chancen suchen und nutzen.

### **Ergebnis- / Finanzhaushalt**

Der Ergebnishaushalt weist ordentliche Erträge in Höhe von ca. 21,9 Mio. EUR und Aufwendungen (inkl. Abschreibungen) von ca. 22,75 Mio. EUR aus. Dadurch ergibt sich ein

Fehlbetrag von -855.934,-- EUR. Nach den Vorgaben des neuen Haushaltsrechts sollte der Saldo positiv sein. Dies ist im Planjahr 2023 leider nicht der Fall.

In den Jahren bis 2026 können nach aktuellen Planungen insgesamt positive ordentliche Ergebnisse erzielt und der Fehlbetrag ausgeglichen werden. Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes (ohne Abschreibungen) beläuft sich auf 465.499,-- EUR. Nach Abzug der Tilgungen in Höhe von 35.000,-- EUR beträgt die Nettoinvestitionsrate 430.499,-- EUR.

Die Nettoinvestitionsrate, Zuschüsse, Erlöse aus Grundstücksverkäufen (Bauplätze), Rücklagenentnahmen und Kreditaufnahmen (1,6 Mio. EUR) tragen zur Finanzierung der geplanten Investitionen in Höhe von 16,5 Mio. EUR bei.

Steinheim ist und bleibt eine finanzschwache Gemeinde. Die Steuerkraft steigt 2023 um 1,3 Mio. EUR auf 13,8 Mio. EUR. Mit 69% liegt die Gemeinde unter dem Landesdurchschnitt und ist weiter auf hohe Zuwendungen aus dem Finanzausgleich angewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2020 konnte erst Ende November 2022 der Jahresabschluss vorgelegt werden. Aus Sicht der Gemeinderäte der Freien Wählervereinigung sind die Begründungen für die späte Vorlage zwar nachvollziehbar, aber nicht zufriedenstellend. Der Gemeinderat kann dadurch einer seiner wichtigsten Aufgaben, nämlich der Überwachungsfunktion, nicht zeitnah und nur erschwert nachkommen.

Wir wünschen uns eine zeitnähere Vorlage der Jahresabschlüsse. Wenn das, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu schaffen ist, wäre es aus unserer Sicht hilfreich, wenn ein vorläufiger Jahresabschluss bis zur Sommerpause des Folgejahres vorgelegt werden würde. Die Informationen beim Finanzzwischenbericht im Juli 2022 waren ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wünschen uns zusätzlich auch Aussagen zu den Entwicklungen der wichtigsten kostenrechnenden Einrichtungen wie z.B. der Musikschule, den Kindergärten, den Hallen, den Schwimmbädern, den Friedhöfen und weiteren.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** mit 5,9 Mio. EUR ist die wichtigste und verlässlichste Einnahmeposition der Gemeinde.

Die Entwicklung **der Gewerbesteuer** ist um ein Vielfaches schwieriger zu prognostizieren. Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass sich die Folgen der Coronapandemie auf die Gewerbesteuererinnahmen, auch durch die Kompensationszahlungen des Landes in Höhe von 673.000,-- EUR, verhältnismäßig glimpflich ausgewirkt haben.

Trotz der vorstehend erwähnten Unsicherheiten plant die Verwaltung mit  
Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 2,8 Mio. EUR.

Die Gemeinde Steinheim liegt beim Gewerbesteueraufkommen leider deutlich hinter  
vergleichbaren Gemeinden

An Zuweisungen aus dem **kommunalen Finanzausgleich** wegen mangelnder Steuerkraft  
erhält die Gemeinde 4,2 Mio. EUR. Die **kommunale Investitionspauschale** beträgt ca. 1,0  
Mio. EUR.

An **Grundsteuern** sind 1,4 Mio. EUR veranschlagt. Wie sich die Grundsteuerreform ab 2025  
auswirkt bleibt abzuwarten.

### **Aufwendungen**

Die **Personalaufwendungen** steigen gegenüber 2022 um 11% oder 740.000,-- EUR auf  
insgesamt 7,5 Mio. EUR und sind die größte Position im Ertragshaushalt.

In den vergangenen Jahren wurde kritisch auf die steigenden Kosten für das Personal  
hingewiesen. Für die Steigerungen gibt es nachvollziehbare Gründe. Neben den tariflichen  
Erhöhungen wächst der Personalbedarf infolge von umfangreicheren und neuen Aufgaben. Der  
Ausbau der Kinderbetreuung in der Gesamtgemeinde führt zu einer ständigen  
Personalmehrung. Immer mehr Auswirkungen hat der generelle Personalmangel auch in  
Steinheim und auch nicht nur bei der Kinderbetreuung, sondern auch in anderen Bereichen der  
Verwaltung. Es wird immer schwieriger geeignetes Personal zu finden und der  
Konkurrenzkampf unter den kommunalen Arbeitgebern nimmt zu. Um bewährtes Personal nicht  
zu verlieren, wurden auch Höhergruppierungen beschlossen. Die Gemeinde Steinheim sollte  
unserer Meinung nach weiterhin alles unternehmen, um das benötigte Personal selbst zu  
generieren. Das geht nur, wenn attraktive Ausbildungsplätze geschaffen und angeboten  
werden.

Die Verwaltung ist da auf einem sehr guten Wege.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der Landkreis die **Kreisumlage**. Dafür sind von der  
Gemeinde Steinheim 4,4 Mio. EUR aufzuwenden.

Steinheim erhält nicht nur Zuweisungen vom Land, sondern muss auch **Umlagen** in Höhe von  
3,1 Mio. EUR an das Land bezahlen.

Die **Unterhaltungsaufwendungen** in Höhe 670.300,-- EUR dienen dem Substanzerhalt der kommunalen Infrastruktur, also Straßen, Wege und Gebäude.

Die Freie Wählervereinigung trägt das mit.

An Kosten für **Bewirtschaftung** sind für Heizung, Reinigung, Strom, Wasser usw. rund 1,0 Mio. EUR veranschlagt.

### **Investitionsprogramm**

Damit die Gemeinde Steinheim auch in Zukunft funktionsfähig und für die Bürgerschaft attraktiv bleibt, wird in die kommunale Infrastruktur investiert. Jedes Jahr beschäftigen sich Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat sehr intensiv damit in welche Bereiche investiert werden soll.

Aus Sicht der Freien Wählervereinigung scheinen die geplanten Maßnahmen jedes Jahr zu ambitioniert zu sein. Seit seinem Amtsbeginn tritt BM Weise heftig auf's Gaspedal. Er fordert damit nicht nur den Gemeinderat, sondern vor allem auch sein Personal, was ja grundsätzlich positiv zu bewerten ist. Aus unserer Sicht sollten in den Haushaltsplan nur Maßnahmen eingestellt werden, die aller Voraussicht nach auch im Planjahr bewältigt und umgesetzt werden können. Es ist nicht sinnvoll, wenn jedes Jahr hohe Summen für Maßnahmen in den Haushalt eingestellt werden, deren Umsetzung von vornherein nicht machbar und unrealistisch erscheint. Diese Vorgehensweise führt zu einem aufgeblähten Haushalt und trägt nicht zur anzustrebenden Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit bei.

Für diverse **Straßensanierungen** sind wieder knapp 2,0 Mio. EUR vorgesehen. Alle Maßnahmen sind begründet und notwendig.

Im Rahmen der **Ortsentwicklungsplanung** hat der Gemeinderat die Sanierung des Zehntstadels beschlossen. Mit der vorgesehenen Nutzung als Begegnungsstätte im Erdgeschoss und eines Veranstaltungsraumes im Dachgeschoss wird für die Bürgerschaft ein attraktives kommunales Angebot für Begegnungen, kulturelle Angebote und das Zusammenleben in der Gemeinde geschaffen. Dies war auch der Wunsch der Bürgerschaft. Dies kann man den Umfragen im Vorfeld der Erstellung des Gemeindeentwicklungskonzeptes entnehmen. Für die Gemeinderäte der Freien Wählervereinigung ist die Art der Beheizung des Gebäudes immer noch mit Fragen behaftet. Ist es nachhaltig richtig auf die Anbindung ans benachbarte Pflegeheim St. Georg zu setzen oder ist eine eigene Heizungszentrale langfristig

wirtschaftlicher? Für eine fundierte Entscheidung fehlen uns noch die entsprechenden Berechnungen. Im Haushalt sind für die Maßnahmen am Zehntstadel 2,0 Mio. EUR eingestellt.

Bürokratie ohne Ende fällt mir zum Thema **Bauen, Wohnen und Gewerbe**, ein. Obwohl die für eine Bebauung vorgesehenen Flächen schon seit Jahren im rechtskräftigen Flächennutzungsplan enthalten sind, ziehen sich die Verfahren für die Baugebiete im „Königsbronner Feld“ und in der „Breite Süd“ über Jahre hinweg. Seit seinem Amtsantritt hat sich Bürgermeister Weise zielstrebig und zeitintensiv mit dem Thema Grunderwerb für Bau- und Gewerbegebiete beschäftigt. Es ist ihm Vieles gelungen. Dafür gebührt ihm großes Lob und Anerkennung.

### **Kinder und Jugend**

In der Gemeinde steigt die Zahl der Kinder, die einen Betreuungsplatz brauchen. Diese Entwicklung ist erfreulich. Wir unterstützen sowohl den konsequenten Ausbau unserer kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen, als auch den der kirchlichen und privaten Träger. Erst kürzlich konnte der Erweiterungsbau des Kindergartens St. Peter seiner Bestimmung übergeben werden. In 2023 ist die Erweiterung des in privater Trägerschaft geführten Waldkindergartens in Gnannenweiler um eine weitere Gruppe geplant. Für die notwendigen Räumlichkeiten sind im Haushaltsplan 300.000,-- EUR eingeplant.

Im Jahr 2023 soll nun auch der Außenbereich bei der **Grundschule** neu gestaltet werden. Dafür sind 201.000,-- EUR vorgesehen.

Die Investitionen in die **Spielplätze** unserer Gemeinde werden durch die Neugestaltung des Spielplatzes im Frontal in Söhnstetten fortgesetzt. Der Planansatz hierfür beträgt 125.000,-- EUR. Seit dem Amtsantritt von BM Weise ist hier viel gemacht worden. Ich nenne nur den Spielplatz beim Tannenweg, den Neubau des Mehrgenerationenspielplatzes an der Wentalhalle und den kürzlich fertiggestellten Niederseilgarten im Gnannental.

Durch den Totalausfall der **Wentalhalle** infolge des Brandes sind die Einschränkungen sowohl im Schulsport als auch im Vereinssport enorm und verlangen von den Betroffenen große Mühen und viel Geduld. Im Jahr 2023 sind 3,0 Mio. EUR für den Neubau eingeplant. Wir sind jedoch skeptisch, ob für das Vorhaben in 2023 wirklich Ausgaben in der veranschlagten Höhe anfallen. Der Neubau der Wentalhalle braucht Zeit. Wir hoffen auf Verständnis bei den Hallennutzern. Wir wünschen uns eine rechtzeitige Einbindung des Gemeinderates in die Planungs- und Entscheidungsprozesse. Wir bedanken uns bei den benachbarten Kommunen und den dortigen

Vereinen für die Hilfe und Unterstützung für die Zurverfügungstellung von Hallenkapazitäten für die Steinheimer Vereine.

Der Gemeinderat hat die Erstellung eines **Radverkehrskonzeptes** beschlossen.

Für die ersten Maßnahmen sind 180.000,-- EUR eingestellt. Wir sind dafür, dass die Bedingungen für die Radfahrer in der Gemeinde verbessert werden, fordern jedoch Maßnahmen mit Augenmaß. Wichtig ist uns eine möglichst gefahrenfreie Erreichbarkeit der Einkaufsmärkte am Kreisel und der anderen Geschäfte und Dienstleister in der Hauptstraße zu ermöglichen. Außerdem sollen die Schulen und die Sportgelände in Steinheim und Söhnstetten gefahrlos erreicht werden können. Problematisch für die Radfahrer sind die Hauptdurchgangsstraßen. Dafür gilt es Lösungen zu finden.

Aufgrund einer sich wandelnden Bestattungskultur verändern sich auch unsere **Friedhöfe**. Die Umgestaltungen sind ein kontinuierlicher Prozess. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt bei der Anlage von Gemeinschaftsgrabanlagen. Insgesamt sind Mittel in Höhe von 245.000,-- EUR veranschlagt.

### **Waldwege**

Das Wental zählt zu den attraktivsten und meistbesuchten Naherholungsgebieten unserer Gemeinde. Es wird auch von vielen Radfahrern besucht. Der erneuerte Niederseilgarten kann demnächst seiner Bestimmung übergeben werden. Familien mit Kindern nutzen die Einrichtung seit Generationen und die meisten besuchen sie mit dem Fahrrad. Der asphaltierte Weg vom Parkplatz beim Hirschfelsen über den Staudamm ist in einem miserablen Zustand und stellt eine zunehmende Gefahr für Radfahrer dar. Es war zunächst geplant den Weg nur bis zum Staudamm zu erneuern. Die Gemeinderäte der Freien Wählervereinigung sind jedoch der Auffassung, den jetzt schon asphaltierten Weg komplett zu sanieren und nicht nur ein Teilstück davon. Der Planansatz wurde auf 380.000,-- EUR festgesetzt.

### **Hochwasserschutz**

Der Stand des Verfahrens ist aus unserer Sicht weiterhin äußerst unbefriedigend. Die Mühlen der Behörden mahlen langsam und die bürokratischen Hürden sind unglaublich. Die Gemeinde kann die Kosten für einen umfassenden Hochwasserschutz nicht ohne Zuschüsse des Landes stemmen. Den Unmut und die Sorgen der vom Starkregenereignis 2016 betroffenen Bürger können wir sehr gut verstehen. Wir wissen, dass die Verwaltung am Thema dran ist und zeitnah Verbesserungen anstrebt. Die Verwaltung sollte ihre Planungen fortführen und prüfen, ob die eine oder andere wirksame Schutzmaßnahme nicht auch ohne Zuschüsse bewerkstelligt werden kann.



Für Hochwasserschutzmaßnahmen sind im Frontal 250.000,-- EUR und im Bereich des Königsbronner Feldes ebenfalls 250.000,-- EUR eingeplant.

Beim Beschaffungsprogramm für den **Bauhof** wurden Ausgaben, die über dem Betrag von 30.000,-- EUR liegen, mit einem ein Sperrvermerk versehen. Wir möchten, dass sich der Gemeinderat oder der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr, vor der Anschaffung größerer Maschinen und Geräte, nochmals mit dem Thema beschäftigt. Es gibt im Gemeinderat Mitglieder mit hohen Fach- und Sachkenntnissen.

### **Entwicklung der Verschuldung**

Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen ist in diesem Jahr eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.6 Mio. EUR geplant. Zum Jahresende 2023 würde dann der Schuldenstand insgesamt 1.603.750,-- EUR betragen. Die Pro-Kopf-Verschuldung läge dann bei 182,08 EUR (ohne Eigenbetriebe). Das ist ein sehr niedriger Wert. Betrachtet man den Zeitraum bis 2026 würde nach den Berechnungen der Kämmerei ein Schuldenstand von 7,2 Mio. EUR entstehen. Bei der Umsetzung der Investitionsmaßnahmen bitten wir die Verwaltung die Zinsentwicklung aufmerksam zu verfolgen. Es ist Aufgabe des Gemeinderates die Entwicklung der Schulden im Blick zu haben. Wir wissen, dass BM Weise verantwortungsvoll mit den Finanzen der Gemeinde Steinheim umgeht und nur das Machbare wirklich umsetzt.

### **Eigenbetrieb Wasserversorgung**

Für Investitionen sind 1,4 Mio. EUR vorgesehen. Schwerpunkte sind die Erschließung von Neubaugebieten und Leitungsauswechslungen bei Straßensanierungsmaßnahmen.

### **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung**

Im Haushalt sind für Investitionsmaßnahmen fast 4,0 Mio. EUR eingeplant. Wie beim Eigenbetrieb Wasserversorgung sind die Investitionsschwerpunkte die Erschließung von Neubaugebieten und Kanalauswechslungen bei Straßensanierungen.

### **Schlussbemerkung**

Zum Schluss möchte ich mich auch im Namen der Gemeinderäte\*innen der Freien Wählerversammlung bei Ihnen Herr Bürgermeister Weise sowie der Verwaltung für die gute und

vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Insbesondere gilt der Dank der Kämmerei für das ausführliche Planwerk sowie den Erläuterungen hierzu. Den Umgang zwischen Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat empfinden wir als offen, vertrauensvoll und konstruktiv. Dasselbe gilt auch für die Arbeit und das kollegiale Miteinander im Gemeinderat.

Die Gemeinderäte der Freien Wählervereinigung werden der Haushaltssatzung sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mehrheitlich zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Steinheim, den 10.01.2023

Gottfried Braun

für Freie Wählervereinigung (es gilt das gesprochene Wort)

**Gemeinderat Guido Rieberger trägt für die CDU (Christlich Demokratische Union) folgende Haushaltsrede vor:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,  
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Seit 2020 befindet sich die Kommune im Krisenmodus. Zuerst hielt uns die Pandemie in Atem und brachte auch für die Gemeindeverwaltung viel zusätzliche Arbeit. Seit fast einem Jahr hat nun der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weitere Krisen ausgelöst. Viele Menschen sind aus dem Kriegsgebiet auch nach Deutschland geflüchtet. Wir sind aus humanitären Gründen zur Hilfe verpflichtet und müssen diese Menschen unterstützen und unterbringen. Mit dem Krieg wurde auch die bisherige als sicher geltende Energieversorgung massiv eingeschränkt und die Versorgungssicherheit ist stark gefährdet. Dieser Umstand wirkt sich extrem auf das Tagesgeschäft einer Gemeindeverwaltung und auf die Haushaltsplanung aus. Dies bringt jede Menge zusätzliche Arbeit und die Unsicherheit wie sich diese Krisen auf unsere Wirtschaft auswirken werden. Welche Folgen hat dies dann für die Steuereinnahmen der Gemeinde? Welche Belastungen kommen noch dazu? Die Inflationsrate steigt ständig und macht das Leben teurer. Diese Unsicherheiten werden unsere Haushaltsplanung für die nächsten Jahre belasten. Bleibt genügend finanzieller Raum die Wohn- und Lebensqualität in unserer Gemeinde weiterhin zu verbessern?

Unsere Wirtschaft und der Arbeitsmarkt erweisen sich trotz der Krisen bisher als robust. Von den ständig steigenden Preisen profitieren unter anderem die Kommunen über ihren Einnahmenanteil aus der Umsatzsteuer. Laut der beiden letzten Steuerschätzungen entwickeln sich trotz abgesenkter Wirtschaftsaussichten die Einnahmen der Kommunen positiv.

Für den Haushalt nicht weniger bedeutend ist die Entwicklung der laufenden Ausgaben, denn diese steigen derzeit in einem Maße an, in welchem die Einnahmen nicht Schritt halten können. Dies gilt sowohl für den laufenden Sachaufwand (z.B. steigende Energiekosten) als auch für Personalausgaben (Tarifsteigerungen) und soziale Leistungen.

Zusammenfassend sieht die Finanzprognose leider nicht positiv aus. Selbst wenn es nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung kommen sollte, werden die Kommunalhaushalte mittelfristig durch Defizite, real sinkende Investitionen und Vermögensabnahme gekennzeichnet sein. Finanzielle Spielräume für neue Aufgaben hätten die Kommunen in dieser Situation nicht. Dies spiegelt sich auch in Steinheim in der mittelfristigen Finanzplanung eindeutig wider. Wir werden Unterstützung vom Bund und Land brauchen. Also doch mehr Risiken als Sicherheiten für die Haushaltsplanung?

### **Vermögens- bzw. Schuldenentwicklung**

Allein im Jahr 2023 rechnet man im Ergebnishaushalt mit einem Minus von knapp 900 T€. Sorgen bereitet uns die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde. Der Schuldenstand im Kernhaushalt erhöht sich von derzeit 38 T€ auf 7,225 Mio. € bis zum Ende des Jahres 2026. Die Nettoinvestitionsrate sinkt dabei auf lediglich 431 T€ und lässt wenig Spielräume für Neues.

### **Stabile Steuereinnahmen?**

Trotz der Pandemie sind die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde nicht so stark eingebrochen wie befürchtet. Nach voraussichtlich 3,6 Mio. € im Jahr 2021 plant die Gemeinde recht vorsichtig für 2022 und 2023 und rechnet mit weit weniger Einnahmen für die Folgejahre. Zudem besteht Unsicherheit für die weitere Entwicklung. Was passiert nach dem Verkauf der Firma Schuck und dem Wegzug der Firma Merck nach Schnelldorf im Jahr 2024. Wie wirken sich diese Veränderungen auf die zukünftige Entwicklung der Gewerbesteuer aus? Mit Sicherheit aus heutiger Sicht nicht positiv. Etwas neidisch schauen wir da nach Königsbronn. Dort stehen über zehn Mio. € Gewerbesteuereinnahmen auf der Habenseite.

Welche Möglichkeit besteht um diesen Steuerausfällen entgegenzuwirken? Eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes? Nein, das wäre das falsche Signal in der jetzigen Zeit. Die Betriebe sind

in diesen Krisenzeiten durch die hohen Energiekosten schon genug belastet. Es ist deshalb richtig, an dieser Steuerschraube nicht zu drehen. Die CDU-Fraktion wäre dagegen!

Nach der letzten Grundsteuererhöhung vor zwei Jahren entwickeln sich die Einnahmen dort stabil in einem Bereich von 1,4 Mio. € und sind nicht konjunkturabhängig eine sichere Einnahmequelle. Einer geplanten Erhöhung in 2024 stehen wir aus heutiger Sicht skeptisch gegenüber. Warten wir erst die Auswirkungen der Grundsteuerreform 2025 ab. Vermutlich wird es zu Verschiebungen kommen und der Hebesatz muss angeglichen werden, damit wir weiterhin stabile Einnahmen in dieser Größenordnung haben werden.

Wie sieht es mit weiteren wichtigen Einnahmen der Gemeinde aus? Wie werden sich die Einnahmen bei der Einkommensteuer und Schlüsselzuweisung tatsächlich entwickeln? Bei der Einkommensteuer erwarten wir sogar 10 % mehr. Als steuerschwache Gemeinde sind wir aber gerade hier auf diese Einnahmen angewiesen. Dieser Etatansatz enthält ein gewisses Risiko. Wird es so kommen wie geplant? Die Schlüsselzuweisungen stagnieren.

Trotz der insgesamt guten Einkommenssituation bleibt es ein großes Risiko, wie sich dazu die Ausgabenseite entwickeln wird. *Werden die Steigerungen auf der Ausgabenseite moderat ausfallen oder deutlich höher?* Leider steigen die Ausgaben weitaus höher an als die Einnahmen. Die hohe Inflationsrate spiegeln sich in den Ausgabensteigerungen deutlich wider. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht hier auseinander und es wird zu einem geplanten Defizit von knapp 900 T€ kommen.

### **Ausgabenseite:**

In den letzten Jahren konnte auf die jeweils geplanten Kreditaufnahmen verzichtet werden. Der Grund: Vorgesehene Projekte wurden nicht, wie im Haushaltsplan vorgesehen, umgesetzt und es wurde kein Geld dafür gebraucht.

Dabei haben wir immer wieder rückblickend auf das abgelaufene Haushaltsjahr feststellen dürfen, dass sich unser Bürgermeister mit seiner Verwaltung wieder einmal zu viele Maßnahmen und Investitionsschwerpunkte vorgenommen hat. Zu viele!!! Der Eifer ist ja grundsätzlich sehr lobenswert. Aber Ziele müssen auch realistisch sein und somit erreichbar. Ein großer Teil der Investitionsschwerpunkte konnte gar nicht abgearbeitet bzw. erledigt werden. Die Gründe sind vielschichtig. Oft kamen andere Projekte dazwischen, dann fehlten Zuschüsse, fehlende „Manpower“ oder es musste dem deutschen Bürokratismus Tribut gezollt werden. Ein gutes Beispiel ist unser geplantes Baugebiet Königsbronner Feld II. Das zieht sich „gefühlte“ ja schon ewig hin. Die Gemeinde wollte schon lange damit beginnen. Aber ein

gefordertes Gutachten folgte dem anderen. In 2023 soll es dann wirklich losgehen. Die Bauwilligen in Steinheim warten sehnlichst auf die Bauplatzvergabe.

Auch in diesem Jahr ist eine große Liste von Investitionsschwerpunkten aufgestellt worden. Fast 16 Mio. € will die Gemeinde dafür ausgeben. Ob die geplanten Maßnahmen alle durchgeführt bzw. abgearbeitet werden, darf ich aus der Erfahrung der Vergangenheit stark bezweifeln. Nicht erledigte Projekte brauchen kein Finanzvolumen und deshalb ist in diesem Haushaltsplan viel Luft.

### **Personalausgaben:**

Der größte Ausgabenblock sind die Aufwendungen für das Personal. Sie steigen regelmäßig. Geplant wird mit einer Steigerung von 11%. Dies wird mit Änderung bei den Einstufungen und einer hohen Tarifierhöhung erklärt. Gutes Personal soll gerecht entlohnt werden und Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst müssen attraktiv bleiben. Zudem haben die Kommunen ein großes Personalproblem. Viele Stellen sind derzeit unbesetzt und bleiben dies oft recht lange. Die Arbeit auf einem Rathaus scheint nicht mehr attraktiv zu sein. Dies beklagen viele Kommunen, die händeringend nach geeignetem Personal suchen. Für die Bewerber eine gute Situation, für die Arbeitgeber natürlich schlecht. Geeignete Bewerber sind seltener geworden. Glück hatten wir bei der schnellen Wiederbesetzung des Kämmerers. Langwieriger gestaltete sich die Suche nach Ersatz für die Stelle im Ordnungsamt.

Die Personalaufwendungen für die Kinderbetreuung belasten den Haushalt ungemein. Der Staat stellt uns die Aufgabe die Kinderbetreuung auszubauen, unterstützt uns aber zu wenig bei den steigenden Kosten und Defiziten. Uns wäre sehr geholfen, wenn die Zuschüsse zur Kinderbetreuung deutlich steigen würden. Es fließt zurzeit sehr viel Geld aus dem Gemeindehaushalt in die Kinderbetreuung. Hier müssen sich der Bund und das Land deutlich mehr finanziell beteiligen!

### **Investitionsschwerpunkte:**

#### **Kinderbetreuung**

Auch im Bereich Kinder, Jugend und Bildung steht vieles auf der Agenda. Die Kindergartenbedarfsplanung zeigt es uns jedes Jahr erneut deutlich auf: Fehlende Betreuungsplätze. Die Gemeinde bemüht sich hier ständig seit Jahren die Nachfrage zu stillen. Im Kindergarten St. Peter wurden mit dem Anbau für zwei Gruppen mit ca. 1,7 Mio. € neue Plätze geschaffen. In diesem Jahr wird der Waldkindergarten in Gnannenweiler ebenfalls erweitert. Das sind notwendige und wichtige Investitionen.

Für die Hillerschule stehen nach der Fertigstellung der Außenanlage um die Mensa, die Grundschulsanierung und der nördliche Pausenhof auf der Agenda. Dann dürfte die Sanierung

im Schulbereich abgeschlossen sein. Auch einige Spielplätze der Gemeinde werden erneuert. Alles sehr sinnvolle Ausgaben für die Betreuung unserer Jüngsten.

Wenn man sich die große Liste der Investitionsschwerpunkte genauer ansieht, wird man feststellen müssen, dass viele Projekte der Sanierung, Instandhaltung, Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Breitbandausbau...) dienen. Alles Pflichtaufgaben der Gemeinde, die getan werden müssen. Kaum ein „Nice to have“ Projekt dabei, da kein Spielraum dafür vorhanden ist.

Lediglich bei Ausbau und Sanierung des Zehntstadels geht unsere Gemeinde ein Projekt an, das schon lange auf der Wunschliste nicht nur des Heimatvereins steht. Unser ältestes Gebäude in der Gemeinde bedarf einer dringenden Sanierung zum Erhalt. Einen Teil des Zehntstadels hat der Heimatverein bereits vor Jahren zu einem schmucken Museum ausgebaut. Darauf folgend macht es durchaus Sinn, nicht nur das Gebäude außen zu sanieren, sondern auch den anderen Teil des Zehntstadels im Innenbereich entsprechend auszubauen. Dabei werden wir durch die Landeszuschüsse der Ortsentwicklungsplanung und der Verwendung eines großzügigen Nachlasses unterstützt. Der finanzielle Aufwand, der bei der Gemeinde verbleibt, ist zu verantworten. Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich und sind uns sicher, dass wir bald ein Vorzeigeobjekt haben, in dem u.a. Seniorenbegegnungen, Hochzeiten und viele andere Veranstaltungen stattfinden werden. Steinheims neue gute Stube!

Unausweichlich der größte Brocken im Haushalt ist dem Wiederaufbau der Wentalhalle geschuldet. Hier liegt noch keine Kostenplanung vor. Die jeweils drei Mio. € in den nächsten vier Jahren sehen wir als Platzhalter. Mit Sicherheit werden sich die Zahlen anpassen. Gut ist, dass die Versicherung die Ausgaben für den Neubau übernimmt. Lediglich Sonderwünsche muss die Gemeinde hier selbst tragen. Finanziell also keine Belastung im Haushalt, sondern eher eine große Arbeitsbelastung für die Verwaltung. Andere Projekte müssen dann eben warten. Alle bisherigen Nutzer der Wentalhalle hoffen natürlich auf einen baldigen Baubeginn. Die Planungen dazu laufen bereits im Hintergrund, auch wenn man noch die Brandruine sieht und sich dort derzeit nichts tut.

### **Radwegeverkehrskonzept**

Die Gemeinde hat ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Radverkehrskonzepts beauftragt. Nach erfolgter Bestandsaufnahme, Onlinebefragung und zweier Treffen einer Arbeitsgruppe mit engagierten Bürgern, will man im Jahr 2023 konkrete Maßnahmen dazu ableiten und zur Umsetzung vorschlagen. Dafür sind Ausgaben von 180.000 Euro eingestellt die zu 50 % durch eine Förderung gegenfinanziert werden. Ein für uns wichtiger Planansatz um den Radverkehr in Steinheim sicherer und fahrradfreundlicher zu machen.

## **Digitalisierung der Verwaltung**

Nachholbedarf besteht für die CDU Fraktion bei der digitalen Ausrichtung der Verwaltung. Hier könnte man noch bürgerfreundlicher agieren. Die Gemeinde nutzt seit über einem Jahr ihren Instagram-Account für aktuelle Informationen. Dies lesen vor allem jüngere User und das ist auch gut so. Die Bürger wollen kurz und prägnant informiert werden. Der Altbuch Bote als Kommunikationsmittel an die Bürger reicht nicht mehr aus.

Umständlich sind die interaktiven Möglichkeiten der Bürger zur Gemeinde. Da besteht Nachholbedarf. Viele andere Gemeinden, so auch zum Beispiel Königsbronn, haben eine BürgerApp eingerichtet. Diese BürgerApp wird hauptsächlich auf dem Handy bzw. Smartphone installiert. Hier kann man anwenderfreundlich und schnell sich die nötigen Informationen holen oder mit der Gemeinde kommunizieren. Wir werden deshalb im Lauf des Jahres den Antrag stellen, dass sich Verwaltung und Gemeinderat mit diesem Thema beschäftigen und ggf. die BürgerApp 2024 umsetzen. Vielleicht ist sogar ein digitales „Bürgerkonto“ möglich. Hier kann der Bürger im geschützten, persönlichen Bereich (ähnlich wie beim Online Banking oder der elektronischen Steuererklärung über ELSTER) seine Anträge, Mitteilungen, etc. erledigen. Die öffentliche Verwaltung muss hier mit der Zeit gehen. Sicherlich steckt darin auch ein Synergieeffekt für das Personal und Freiräume für andere wichtige Aufgaben werden geschaffen.

## **Ortschaftsrat**

Der Wunsch nach einem Ortschaftsrat kommt nun aus Söhnstetten und da, so sehen wir es, nur von wenigen Bürgern. Die Frage, ob dies auch eine breite Mehrheit will, muss derzeit mit NEIN beantwortet werden. Unsere Gemeinde hat neben Söhnstetten noch einen größeren Teilort mit Sontheim. Wie gehen wir damit um? Dort auch einen Ortschaftsrat? Es stellen sich dabei viele Fragen. Was passiert mit der Besetzung im Gemeinderat? Derzeit hat Söhnstetten sechs Gemeinderäte, die ihren Ort gut vertreten. Bleibt es bei den sechs Sitzen? Proportional nach Einwohnerzahl müssten mindestens zwei Sitze dann entfallen. Macht das Sinn? Eine gute Bürgerbeteiligung ist über die Söhnstetter GR-Kollegen möglich und gesichert. Den Eingemeindungsvertrag von 1970 sehe ich zu großen Teilen als abgearbeitet und erfüllt an. Über weiterhin sechs Sitze im GR für Söhnstetten muss bei einem zusätzlichen Ortschaftsrat diskutiert werden. 2024 gibt es wieder Kommunalwahlen. Ich kann nur alle Söhnstetter aufrufen, sich dabei aktiv als Bewerber für einen Gemeinderatssitz zu beteiligen und zu kandidieren. Dann noch zusätzlich Bewerber zu bekommen, die sich für den Ortschaftsrat aufstellen lassen, ist mit Sicherheit schwierig. Dies zeigen unsere Erfahrungen aus den letzten Jahren bei der Kandidatensuche für den Gemeinderat.

Zudem werden die Entscheidungsprozesse zeitlich in die Länge gezogen. Es entstehen weitere Kosten und ein hoher Verwaltungsaufwand. Bürgermeister und Gemeinderäte, egal aus welchen Ortsteil sie kommen, sehen die Gemeinde stets als Ganzes. Das beweisen die zahlreichen Projekte und Aufgaben. Ich kann nicht feststellen, dass z.B. Söhnstetten darin schlecht wegkommt.

Nach Abwägung aller uns bekannten Fakten, sehen wir die Einführung eines Ortschaftsrates als sehr kritisch an und würden dem derzeit nicht zustimmen.

### **Bauhof**

Für unseren Bauhof sind in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2026 insgesamt knapp 800 T€ an Beschaffungen eingestellt. Eine stolze Summe. Allein in 2023 sind Beschaffungen von 358 T€ vorgesehen. Der Bauhof benötigt für seine vielfältigen Aufgaben nicht nur eine schlagkräftige Truppe von Mitarbeitern, sondern auch das notwendige Handwerkszeug: Die entsprechenden Geräte, Fahrzeuge und Maschinen. Die vom Bauamt vorgesehenen Ersatz- und Neuanschaffungen sind notwendig um die Leistungsbereitschaft auf Dauer sicherzustellen. Es stellt sich allerdings für uns die Frage, ob man nicht auch mit Anmietung bzw. Leasing oder sogar mit Maschinen-Sharing diese Maschinen zur Verfügung bekommt, anstatt alles gleich zu kaufen und vorzuhalten. Zumal man für solche Beschaffungen kaum Fördergelder bekommt. Wir erwarten von der Verwaltung diese Möglichkeiten vor einer Entscheidung zu prüfen und den Kauf wirtschaftlich zu belegen.

Der Wunsch vieler Söhnstetter ist eine Realisierung eines zentral gelegenen Hauptstandortes für Bildung und Betreuung, vor allem unserer Kleinen, in dem zum Teil leerstehenden Gebäude der Seebergschule. Dieses Projekt muss nun leider weiter verschoben werden. Der Wiederaufbau der Wentalhalle bindet die Ressourcen im Bauamt. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. Das Projekt wird von uns in der mittelfristigen Umsetzung unterstützt. Unbedingt notwendig sind die zahlreichen Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur. Umfangreich werden Straßen- und Feldwege saniert. Über zehn Millionen sind in den nächsten vier Jahren für Straßensanierungen vorgesehen und aus unserer Sicht auch dringend notwendig. Der Weg ins Wental durch das Hirschtal und Gnannental muss dringend saniert werden. Dies ist nicht nur für die Forstwirtschaft gut sondern auch für den Tourismus und für die Naherholung unserer Bürger.

Nach Würdigung der Gesamtumstände handelt es sich bei diesem Haushaltsplan um einen Planentwurf, der hauptsächlich Pflichtaufgaben der Gemeinde abdeckt und bei dem viel Geld in



Sanierung und Werterhaltung gesteckt wird. Wir sind positiv gespannt, ob alle geplanten Projekte in 2023 abgearbeitet werden können. Es gibt also 2023 viel zu tun.

Für die umfangreiche Vorarbeit möchte ich mich bei der Verwaltung, besonders nach dem Ausscheiden des Kämmerers bei seiner Stellvertreterin Frau Mackh und Bürgermeister Holger Weise, bedanken. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die offene und konstruktive Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion wird diesem Haushaltsplan und den Plänen für die Eigenbetriebe zustimmen.

Guido Rieberger

CDU-Fraktionsvorsitzender

**Gemeinderat Volker Lang trägt für den Arbeitnehmerblock (SPD und Unabhängige) folgende Haushaltsrede vor:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,  
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
geschätzte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

**Es geht immer noch schlimmer** – ein mögliches Motto für das Jahr 2022

Hatten wir doch alle gehofft, dass nach dem 2. Weihnachtsfest im Lockdown und einem sehr einsamen Jahreswechsel 2021-2022 zum Frühjahr hin, spätestens mit Beginn des Sommers, ein fast normales Leben, mit dem abgeschwächten Virus wieder möglich sein könnte, so war doch der 24.2. dieses Jahr eine weitere Zäsur in der jüngeren Geschichte. Nach der Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 ließ Wladimir Putin den Krieg gegen die Ukraine mit dem Einmarsch von Landtruppen vollends eskalieren.

So hatte die Welt nun, noch vor Beendigung der Corona-Einschränkungen, ein weiteres Problem zu lösen, dessen Auswirkungen bis in die Gemeinden reichen: es sind wieder, wie schon 2015 bundesweit ca. 1,5 Million Geflüchtete, meist Frauen, Kinder und ältere Menschen unterzubringen und zu versorgen. Natürlich ist dies unsere moralische Verpflichtung, natürlich können wir uns das auch leisten, nur bindet es erneut Kräfte und Mittel, die für andere Zwecke bereits verplant waren. Die extrem gestiegenen Energiepreise sind dabei nur ein Aspekt.

Meine Vorredner haben, wie schon in den vergangenen Jahren, die einzelnen Aspekte des Haushaltsplanes fachlich sehr fundiert und in aller Ausführlichkeit beschrieben. Dem ist nichts hinzuzufügen. Als Söhnstetter Gemeinderat möchte ich mich heute in meinen Ausführungen mit den mittelfristigen Investitionen für das zu Ende gegangene Jahr sowie die Jahre 2023 und 2024 in unserem Teilort beschäftigen. In der Vergangenheit war in der Bevölkerung des Öfteren zu hören, dass die allermeisten Mittel in Steinheim investiert würden und die Weiler und Teilorte zu kurz kämen. Die noch unter Bürgermeister Bernauer ins Leben gerufene Bürgerwerkstatt hat in verschiedenen Arbeitskreisen Wünsche und Anregungen formuliert, die der Verwaltung als Vorschlag unterbreitet wurden und die nun auch, und das gilt es lobenswerterweise zu erwähnen, unter Ihnen, Herr Weise, tatsächlich auch sukzessive umgesetzt werden.

**Zu erwähnen wären im Einzelnen:**

- Die Digitalisierung der Seebergschule
- Die Ausweisung des Baugebietes Breite Süd mit aktuell 22 Bauplätzen
- Die Ausweisung des Gewerbegebietes „Am Bühlstock“ im Nordosten der Gemeinde
- Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf moderne LED-Technologie
- Umfangreiche Straßensanierungen verbunden mit dem Austausch von Trink- und Abwasserleitungen plus Breitbandleerrohren und der unterirdischen Verlegung der Stromversorgung. Hier ist zu nennen: die Kirchstraße, Mittelgasse, Gerstetter Straße, Götzenbrunnensstraße mit Adlerstraße sowie Anteile der Schießstraße, Ringstraße und Heidenheimer Straße.

Intensive Arbeit wurde auch in die Bebauung des von der Gemeinde erworbenen sog. Seesle Areals investiert und es konnte eine, so finden wir vom Arbeitnehmerblock, sehr sinnvolle Art der Nutzung über den Bau von 17 preisgünstigen Reihenhäusern in zwei verschiedenen Größen mit hervorragender Energiebilanz gefunden werden, die es auch Familien mit schmalerm Geldbeutel ermöglichen, Wohneigentum, sogar mit Preisgarantie, zu erwerben. Es entsteht hier ein Wohnquartier, das wir mit klein, aber fein umschreiben möchten und das sehr gut in die heutige Zeit passt. Selbstredend sind die Häuser kompakt, der Platz beschränkt, die Bundesstraße laut und schmutzig und der Nachbar nahe. Man kann gespannt sein, wie sich das gemeinschaftliche Leben in dieser verdichteten Siedlung anlässt und zu hoffen ist, dass ein aktives Nachbarschaftsleben resultiert. Die Voraussetzungen sind gegeben, erste Kennenlernaktionen unter den neuen Nachbarn bereits geplant. Geräumige Einfamilienhäuser auf großen Bauplätzen am Ortsrand werden sich vermutlich zukünftig ohnehin nur noch Begüterte überhaupt leisten können. Vom ökologischen Fußabdruck dieser Wohnform ganz zu schweigen. Ein Wermutstropfen bleibt jedoch: die Reihenhäuser sind komplett aus Beton gebaut und dadurch schon von Beginn an mit einem hohen CO<sub>2</sub> Fußabdruck belastet.

Vor dem Hintergrund eingangs geschilderter politischer Fakten machen wir uns tatsächlich große Sorgen, ob die mit viel finanziellem und personellem Aufwand realisierten Bauplätze im Gebiet Breite Süd nun auch wirklich alle an die aktuell Interessierten verkauft werden können. Bauzinsen von nahezu 4 %, drastisch gestiegen Preise für Baumaterialien und hohe Lohnkosten, von der aktuellen Inflation und den steigenden Lohnabschlüssen noch befeuert, treiben uns Sorgenfalten auf die Stirn. Soweit der Rückblick auf das Jahr 2022.

Im Folgenden nun ein Abriss der zukünftigen, mittelfristigen Investitionen in Söhnstetten und deren Bewertung: Dringend notwendige Sanierungsarbeiten sind in 2023 geplant in der Schmalen Gasse, Gerstetter Straße/ Frontalweg im Zuge der Erschließung des Baugebiets Breite Süd, Uhlandstraße und in der Breite.

Zudem werden die Spielplätze im Frontal beim Sportgelände sowie der Spielplatz Götzenbrunnenstraße/Ecke Schießstraße saniert und wieder auf einen akzeptablen Stand gebracht. Dies ist insofern von großer Bedeutung, da aufgrund der Reihenhaussiedlung sowie des Baugebietes Breite Süd mit dem Zuzug von jungen Familien mit Kleinkindern zu rechnen ist!

In diesem Zusammenhang ist auch der Erweiterungsbau des Waldkindergartens in Gnannenweiler sowie die Wiederaufnahme des Kindergartenbetriebs der Froschgruppe im Gemeindehaus an der Schulstraße wichtig und erwähnenswert.

Im Bereich der Seebergschule sind noch Rest-Investitionen in den Digital Pakt Schule vorgesehen, ebenfalls ein wichtiger Beitrag diese, zugegeben kleine, Grundschule zu erhalten und den Kindern am Ort die Möglichkeit zum Schulbesuch zu bieten. Kurze und sichere Wege zur Schule, die zu Fuß zu bewältigen sind, zahlen auf das ökologische Konto der Gemeinde ein. Nicht vergessen möchte ich die Arbeiten auf dem Söhnstetter Friedhof, wo Arbeiten zur Errichtung weiterer Gemeinschaftsgrabanlagen, Wegesanierungen sowie die Schaffung von Ruheplätzen vorgesehen sind. In 2023 sind insgesamt etwa 1,5 Mio. € an Investitionen in Söhnstetten vorgesehen.

Ein weiteres, hier und heute erwähnenswertes spezielles Söhnstetter Thema sind die seit Jahren bestehenden Diskussionen zur Einrichtung eines **Ortschaftsrates**. In der jüngst durchgeführten Bürgerversammlung wurden seitens des Bürgermeisters, für jeden Anwesenden verständlich, die Vor- und auch die vielen Nachteile eines derartigen beratenden Gremiums, das ohne Entscheidungsmacht, einen eher zahnlosen Tiger darstellt, nahegebracht. Meinem persönlicher Eindruck nach sind während des Vortrags den allermeisten anwesenden Bürgern

die Augen geöffnet worden und sie haben erkannt, dass ein derartiges Gremium eher Bürokratie aufbaut, als diese abzubauen, dass eher Steuergelder verbraucht werden, als diese einzusparen und dass, so die Wortmeldung eines Bürgers mit folgendem, auch humoristisch gelungenen Beitrag: **Es reichen 6 Gemeinderäte und wir brauchen keine 10 weitere Ortschaftsräte noch dazu!**

Wenn wir uns nun abschließend den Haushaltsentwurf 2023 betrachten, stehen für die Gesamtgemeinde Investitionen bezüglich der beiden Baugebiete, der abgebrannten Wentalhalle, des Breitbandausbaus, für den Ortsentwicklungsplan, der Außenanlagen Mensa und Hillerschule sowie der Beginn der Zehntstadelsanierung im Vordergrund. Laut Finanzplanung sind diese Investitionen von 16,2 Mio. € zwar nur über 13,6 Mio. einnahmenseitig gedeckt, es werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht alle Projekte voll zum Tragen kommen, so dass auch heuer wieder Verschiebungen ins Jahr 2024 erfolgen werden. Ein erneut großer Brocken im Ergebnishaushalt stellen mit prognostizierten 7,5 Mio. € die Personalkosten dar. Die Ursachen für die extremen Steigerungen sind vielfältig und wurden von Britta Ibold von Deutschen Beamtenbund beim Gewerkschaftstag im November mit dem Satz: **der öffentliche Dienst fährt auf der Felge** zusammengefasst. Immer mehr Aufgaben durch immer noch mehr Bürokratie, sei es aus Stuttgart, aus Berlin, oder aus Brüssel, die unsägliche russische Invasion mit ca. 1,5 Mio. Geflüchteten und wieder steigende Kinderzahlen, die in Kitas und Schulen betreut werden, lasten auf den Kommunen. Da ist Steinheim halt leider keine Ausnahme. Eine kurzfristige Lösung der Misere ist nicht in Sicht: **Wir werden uns mit weiter steigenden Personalkosten abfinden und die mittelfristige Finanzplanung der Haushalte darauf einstellen müssen.**

Ein persönliches Anliegen ist mir noch die längst überfällige Beseitigung der Altlasten vor der Brandruine des **Anwesens Bauer** in der Hinteren Gasse. Für diesen Schandfleck muss jetzt endlich eine Lösung her und ich bitte hier alle Hebel in Bewegung zu setzen.

Abschließend möchten wir uns bei unserem Bürgermeister Weise für sein unermüdliches Engagement und seine Ausdauer recht herzlich bedanken und wünschen ihm und dem gesamten, ebenso fleißigen Verwaltungs-Team, weiterhin ein glückliches Händchen. In den 4 Jahren Ihrer Amtszeit haben Sie bereits viel erreicht, wurden durch vielfältige äußere Umstände auch des Öfteren ausgebremst, viel liegt allerdings noch vor Ihnen. Seien Sie gewiss, dass wir bei aller konstruktiven Kritik stets ein fairer Partner sein und Sie nach Kräften unterstützen werden.

Der Haushaltssatzung **2023**, dem Haushaltsplan und der Wirtschaftspläne Wasser und Abwasser werden wir als Fraktion Arbeitnehmer Block zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Fraktion Arbeitnehmer Block (ANB)

Söhnstetten, 10.01.2023, Volker Lang

**Gemeinderatin Dr. Freist-Dorr trägt für Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängige folgende Haushaltsrede vor:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise,

Sehr geehrte Damen und Herren,

welche Bedeutung hat ein **roter Teppich**? Laut Wikipedia gehen auf einem roten Teppich prominente Personen. Sie werden **Zitat Wikipedia** „...häufig für besondere Anlässe und Empfänge vor dem Eingang, auf Treppen, aber auch am Flughafen ausgerollt. Sie sollen die Bedeutung der Personen, die darüber gehen, zum Ausdruck bringen.“ **Zitat Ende**  
Was hat der rote Teppich mit dem Haushalt der Gemeinde Steinheim zu tun? Wir haben eine Haushaltsposition, die einer Bevölkerungsgruppe in Steinheim quasi den roten Teppich ausrollen soll, die sagt:

- Ihr seid willkommen
- Für euch ist Platz reserviert
- Wir achten aufeinander

Gemeint sind, Sie haben es sicher schon erraten, die Radfahrenden in und um Steinheim. Nicht nur, wer beim örtlichen Händler ein Fahrrad erwerben, reparieren lassen oder zur Durchsicht bringen möchte, merkt, dass es auch in Steinheim ständig mehr Fahrräder und Fahrradfahrende werden. Auch wer mit aufmerksamem Auge im Ort unterwegs ist, nimmt dieses wahr.

Das Radwegekonzept wurde im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht. Wir GRÜNEN haben schon 2021 in der Haushaltsrede betont, wie wichtig uns dieses Konzept ist und die Bereitstellung der Mittel für dieses Konzept begrüßt. Der Entwurf wurde im vergangenen Herbst in einer Gemeinderatssitzung vorgestellt, wird derzeit überarbeitet und demnächst offengelegt werden. Warum benötigen wir ein Konzept und verwenden das Geld nicht direkt für konkrete Maßnahmen? Das hat mehrere Gründe:

- Zum einen ist es sinnvoll, wenn jemand von außen auf eine Situation schaut. Wir selbst sind oft „betriebsblind“, bewerten die Situation im Ort als „Insider“ und sehen damit oft das offensichtliche nicht. Jemand von außen, der sich bundesweit auskennt, der schon mehrere Konzepte entwickelt und deren Umsetzung begleitet hat, kann Ideen einbringen, die uns nicht einfallen. Auch der Sachverstand in Bezug auf die aktuell bestehenden Regelungen im Verkehrsrecht ist wertvoll.
- Zum anderen wollen Land und Bund eine Energie- und Verkehrswende. Das vergangene Jahr hat uns gezeigt, dass dieses Thema sehr drängt. Zusätzlich zum Klimaschutz zwingt auch der russische Angriffskrieg zum Energie sparen. Fahrradfahren ist die energiesparendste Fortbewegungsart.
- Fördergelder stehen bereit, benötigen aber dieses Konzept als Voraussetzung. Mit dieser finanziellen Unterstützung können wir vor Ort leichter konkret handeln. In dem Konzept werden die unterschiedlichen Interessen der Nutzenden berücksichtigt. Für Alle gibt es Vorschläge einer Routenführung:
  - Wer beruflich mit dem Rad pendelt und deshalb schnell von A nach B fährt
  - wer seinen Kindern den sichersten Weg von der Wohnung zur Schule, zu den Sporthallen und -plätzen zeigt
  - wer die Einkaufsmöglichkeiten zum Ziel hat oder
  - wer Steinheim touristisch erkundet

An vielen Orten im Land, aber auch in nächster Nähe im Landkreis werden innerörtlich Fahrradwege markiert. Durch Heidenheim zum Beispiel fährt es sich inzwischen viel angenehmer mit dem Rad. Straßen können gemeinsam von Autos und Fahrrädern genutzt werden. Wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, sorgen die oft farbigen Radwegmarkierungen dafür, dass ich aufmerksamer bin. Als Fahrradfahrerin fühle ich mich sicherer und als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmerin akzeptiert. Nach Steinheim kommt man aus vielen Richtungen schon jetzt gut mit dem Rad. Aber wie geht es dann innerorts weiter? Hier gibt es viel zu tun.

Geld für erste Umsetzungen ist als Konsequenz aus unserer Situation im Haushalt eingeplant. Wir GRÜNEN unterstützen das und erwarten, dass dieses auch in den folgenden Jahren passiert. Wir werden im Gemeinderat festlegen, wie dieses Geld eingesetzt wird. „Wir sind doch nicht Klein-Tübingen“ – dieser Ausspruch aus der Gemeinderatssitzung zum Radwegekonzept ist zur Schlagzeile in der HZ geworden. Warum eigentlich nicht? Es gibt viele Dinge, die sehr attraktiv an Tübingen sind, neben der Förderung des ÖPNV und der Fahrräder besticht nicht zuletzt die Zahl der Touristen – ein Teil davon würde uns im Meteoritenkrater sehr gut zu Gesicht stehen!

Beginnen wir bei uns damit, im neuen Jahr erste Stücke des „roten Teppichs“ auszurollen. Wir könnten eine Fahrradstraße einrichten, ungefährliche Verbindungen zur Schule und zu den Sporthallen ausweisen und markieren oder eine besonders gefährliche Stelle entschärfen. In Verbindung mit den geplanten Straßensanierungen, die deutlich höhere Summen an Geld benötigen, kann mit der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radwegekonzept auch ein Zeichen gesetzt werden, dass Mobilität nicht eindimensional auf Autos ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang soll für die Mitarbeitenden im Rathaus mit gutem Beispiel vorangegangen werden. Es werden abschließbare und überdachte Fahrradstellplätze eingerichtet. Die dafür vorgesehenen Investitionsmittel begrüßen wir von den GRÜNEN ausdrücklich. Ebenso unterstützen wir die Beschaffung von 2 Elektro-Dienstwagen zur Nutzung für die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung. Damit können während des Arbeitstages Dienstfahrten, beispielsweise in die Teilorte, erledigt werden, die nicht mehr sinnvoll mit dem Fahrrad erreicht werden können. Gerade in Verbindung mit den Fahrradstellplätzen wird es den Mitarbeitenden so ermöglicht, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen. Bisher musste dafür das private KFZ eingesetzt werden unter Zahlung von Kilometergeld für die Dienstfahrt. Die für die beiden Elektroautos vorgesehenen Investitionsmittel werden aus unserer Sicht richtig und zukunftsweisend eingesetzt.

Steinheim hat Nachwuchs! Das ist hervorragend und zeigt, dass man gut bei uns leben kann! Nach der Fertigstellung der Räume für die 2. Krippengruppe im Katholischen Kindergarten steht im kommenden Jahr die Erweiterung des Waldkindergartens um eine Gruppe an. Hier werden ebenfalls Räumlichkeiten benötigt. Ein Neubau aus Holz auf Gemeindeflächen wird entstehen, Fotovoltaik kommt aufs Dach – so sieht zukunftsorientiertes Bauen aus!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weise, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, vor uns liegt ein Haushalt, der insgesamt eine vorsichtige und solide Planung aufweist. Wir bedanken uns bei ihnen allen für ihren Einsatz und für die konstruktive Zusammenarbeit mit uns im Gemeinderat. Ein besonderer Dank in diesem Jahr gilt der stellvertretenden Kämmerin, Frau Mackh, die obwohl noch nicht lange bei uns beschäftigt, einen Chefwechsel mitten in den Haushaltsberatungen auffangen muss – sie hat hervorragende Arbeit geleistet.

### **3. Bauangelegenheiten**

**Der Gemeinderat erteilt folgenden Baugesuchen einstimmig das gemeindliche Einvernehmen:**

3.1 Neubau Wohnhaus, Küpfendorf 3/1

3.2 Neubau einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle, Flst. 1108, Falterweg, Söhnstetten

#### **4. Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG – Aufnahme von Gemeindegemeinderat Thomas Freymüller in den Aufsichtsrat**

**Der Gemeinderat stimmt der Aufnahme des Gemeindegemeinderats, Thomas Freymüller, in  
den Aufsichtsrat einstimmig zu.**

#### **5. Verschiedenes**

##### a) Radfahrverkehrskonzept

Bürgermeister Weise informiert, dass die öffentliche Beteiligung zum Radfahrverkehrskonzept am Freitag, 13. Januar 2023, startet.

##### b) Wentalhalle: Einberufung eines Bauausschusses

Bürgermeister Weise gibt bekannt, dass für den Wiederaufbau der Wentalhalle in Kürze ein Bauausschuss mit den Hauptnutzern der Halle sowie mit Vertretern aus dem Gemeinderat einberufen wird. Erste Entwürfe für den Neubau der Wentalhalle liegen dem Bauamt vor.

Bürgermeister Weise bittet den Gemeinderat sich pro Fraktion/Gruppierung zu beraten, welche Mitglieder dem Bauausschuss beiwohnen sollen und dies der Verwaltung mitzuteilen.